

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Christian Hafenecker, Andreas Ottenschläger
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Verkehrssicherheit - speziell für besonders gefährdete Personen

eingebraucht in der 63. Sitzung des Nationalrates, XXVI. GP, am 27. Februar 2019, im Zuge der Behandlung von TOP 11, Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen über die Petitionen Nr. 5, 7, 11 und 14 sowie über die Bürgerinitiativen Nr. 33, 38, 39, 48, 50 und 51 (495 d.B.).

Aufgrund eines tragischen Vorfalles in den letzten Wochen, bei dem ein neunjähriger Bub am Schulweg von einem abbiegenden Lkw überrollt wurde und anschließend im Spital gestorben ist, wurde von Bundesminister Norbert Hofer ein Sicherheitsgipfel initiiert, um unter Einbindung aller Beteiligten Maßnahmen zu erarbeiten, wie solche tragische Unfälle weitestgehend zu verhindern sind.

Die im Vorfeld diskutierte verpflichtende Neuausrüstung/Neuausstattung mit sogenannten Abbiegeassistenten wird hoffentlich bald eine zu realisierende Möglichkeit, ist aber derzeit auf Grund der zwingenden Vorgaben des EU-Rechts noch nicht möglich. Außerdem derzeit in der Praxis auf Grund der noch nicht ausgereiften Technik nicht sofort zielführend. Auch eine rasche, flächendeckende Umsetzung wäre nicht möglich, insbesondere ausländische Lkw und Busse könnten dazu derzeit europarechtlich nicht verpflichtet werden.

Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments hat sich bereits für eine europaweite verpflichtende Einführung von LKW-Abbiegeassistenten ausgesprochen und will, dass ab 2021 - früher als bisher geplant – alle neuen LKW Abbiegeassistenten haben müssen. Nach dem Willen des Europäischen Parlaments sollen ab 2021 keine neuen LKW-Typen mehr genehmigt werden und ab 2023 keine Neufahrzeuge mehr in Betrieb genommen werden, die nicht mit der betreffenden Technik ausgestattet sind.

Rasch umzusetzen und für alle nutzbar sind Spiegel, die an den Kreuzungen zusätzlich montiert werden. Im deutschen Freiburg sind diese bereits erfolgreich im Einsatz. Der große Vorteil: Diese können in wenigen Wochen von den Kommunen angebracht werden, und jeder Fahrzeuglenker kann diese nutzen und hat somit bessere Einsicht in den "toten Winkel". Eine weitere rasch umzusetzende Maßnahme, die sofort greifen kann, ist ein Rechtsabbiegeverbot. Einige große Lieferanten schreiben das bereits heute ihren Fahrern vor, dass sie statt rechts abzubiegen, die nächste Kreuzung links abbiegen und dann wieder links abbiegen sollen. Leider ist das speziell in Wien aufgrund oft komplexer Einbahnstraßenregelungen nicht möglich. Aber diese beiden Maßnahmen zusammen mit weiteren sollten die Verkehrssicherheit, speziell für besonders gefährdete Personen - wie Kinder und ältere Menschen - deutlich erhöhen.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit gemeinsam mit den zuständigen Stellen zeitnah in die Wege zu leiten:

- Infrastrukturmaßnahmen zur Behebung von Gefahrenstellen sowie Spiegel an gefährlichen Kreuzungen – Umsetzung greift sofort bei in- und ausländischen Lkw
- Änderung der StVO § 96: Verordnungsermächtigung für örtliche Behörden zur Erlassung von Abbiege-Verboten für Lkw an gefährlichen Kreuzungen
- Ausschreibung des Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds VSF zum Thema Lkw-Verkehr mit Augenmerk auch auf das Thema „Toter Winkel“
- Fokus Lkw-Sicherheit im Verkehrssicherheitsbeirat
- Ausbildung der Lkw-Fahrer im Rahmen der Berufskraftfahrer Aus- und Weiterbildung nun verstärkt auch hinsichtlich „Verkehrssicherheit und toter Winkel“
- Ausstattung von ASFINAG-Parkplätzen mit Einrichtungen zur korrekten Ausrichtung der Spiegel von Lkw sowie Kontaktaufnahme mit Mineralölfirmen zur Auslotung der Möglichkeit der Einrichtung solcher Plätze bei Tankstellen
- Bewusstseinsbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für besonders gefährdete Gruppen von Verkehrsteilnehmern (Kinder, Ältere, ...) betreffend „Toter Winkel“
- Informationskampagne zum Thema „Toter Winkel“ mit Partnern wie z.B. Autofahrerklubs, ASFINAG, Transportunternehmen, etc
- Förderung der Nachrüstung von Lkw mit Abbiegeassistenten- oder Kamera-Monitoringssystemen in Abstimmung mit dem BMF und unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Pilotprojektes „Rundum-Sicht im Straßenverkehr“
- Vehemente Forderung Österreichs bei der Europäischen Union für die frühere Umsetzung der Änderung der „Allgemeinen Sicherheitsverordnung“ (begonnen im Rahmen der EU-Präsidentschaft Österreichs 2018) und Schulterschluss mit Deutschland, dem Europäischen Parlament und anderen EU-Partnern in dieser Frage.“



